

Meine Damen und Herren, und ich war Chef der wissenschaftlich-technischen Planung. Ich war verantwortlich für die gesamten betriebswirtschaftlichen Berechnungen, und ich war verantwortlich für die Forschungsplanung.

1977 war mein Urteil sicher: Dieses Programm führt zum Untergang dieses Werkes. Es war selbst mit sozialistischen Subventionen nicht durchstehbar, daß man jährlich Hunderte und Milliarden Mark Subventionen gibt.

Diese meine Berechnungen habe ich als VD und WS allen Personen gegen Quittung zugänglich gemacht. Als darauf meine Einwürfe nichts fruchteten, dachte ich an den Fall, den ich 1971 erlebt hatte, als eine Familie fast vernichtet worden ist, weil ein Schuldiger gefunden werden mußte.

Und, meine Damen und Herren, ich war nicht in der SED, ich hatte kein Netz, das mich schützte.

Das gab ich - und das unterscheidet mich sicher von allen Kollegen, die hier stehen - einem Mann, von dem ich ahnte, daß er sicher einer derjenigen war, die zu mir geschickt worden waren, die Informationen, da ich sonst keine Hilfe erhielt - daß ich mich absichern möchte, daß ich unterstellen muß, daß hier entweder Unfähigkeit oder Absicht herrscht.

Daraufhin habe ich beim Ministerium für Staatssicherheit, und zwar bei den Leuten, die für die Industrie zuständig sind, meine Damen und Herren, und nicht bei denen, die nur schreiben, diesen Papierauflesern, Anzeige erstattet. Daraus resultiert [^] diese Unterschrift und diese Verpflichtung, die ich abgeben mußte.

Ich wiederhole noch einmal: Ich habe zu keiner Zeit bewußt Personeninformationen gegeben. Ich habe angedroht, die Zusammenarbeit abzubrechen, wenn von mir, wie verschiedentlich verlangt, Äußerungen gefordert wurden, was dieser oder jener Kollege denkt oder sagt. Das müßte nachvollziehbar sein, sofern das nicht in dem manipulierten Aktenstapel ist.

Jetzt zu Ihnen, meine Damen und Herren von dem Flügel da drüben, die Sie vorhin gesagt haben, warum wir denn mit dieser Vergangenheit ins Parlament gegangen sind. Ich muß Ihnen sagen: Ich würde mit dieser Vergangenheit jederzeit wieder in dieses Parlament gehen, denn wir sind hier angetreten, um die deutsche Einheit zu bringen.

Ich hätte mir gewünscht, daß unsere Parteien einen größeren Personalbestand gehabt hätten, mit mehr Training, mit mehr Übersicht, mit mehr Sachkunde, damit nicht Leute mit Vergangenheit oder mit so wenig Fachwissen wie wir diesen Schritt gehen mußten.

Ich weiß, daß nunmehr meine Familie und ich, da ich sehr [^] bemt bin, auf das höchste bedroht sind. Welche persönlichen Konsequenzen ich in dieser Richtung ziehe, weiß ich nicht.

Ich setze meine Parteiführung in Kenntnis, daß ich aus allen Parteiämtern ausscheide und meine Mitgliedschaft solange ruhen lasse, bis dieser Fall geklärt ist.

Ich setze fernerhin das Parlament in Kenntnis, daß ich nach dem 3.10., wenn wir Rechtsstaatlichkeit wirklich haben werden und ein Parlament nicht ständig seine Meinung ändert, eine Möglichkeit suche, diesen Vorgang rechtsstaatlich aufarbeiten zu lassen, mit rechtsstaatlichen Methoden, in Form einer Selbstanzeige, soweit es möglich ist, oder in ähnlicher Form.

Ich habe mit Herrn Gauck gesprochen, daß er bitte beachten möge, daß viele Kollegen, die hier stehen, diese Akteneinsicht haben wollen. Ich setze Sie ferner in Kenntnis, daß meiner Bitte, in die Akten Einsicht zu nehmen - denn sie waren manipuliert, dieses Wort wurde auch gesagt -, nicht entsprochen wurde, so daß ich gar nicht weiß, was abgesehen von den wissenschaftlich-technischen Berechnungen, Rohstoffbilanzen, Forschungsberichten, noch alles in dieser Akte steht. Ich wurde auch vom Ausschuß nicht angehört.

Ich weiß nur eins: Ich kann jedem Menschen in meiner Familie, im Wahlkreis und Ihnen ins Auge schauen; denn ich habe -

und das wurde mir bestätigt - keinen Menschen zu Schaden gebracht. Ich habe mich schützen wollen. - Danke.

(Beifall)

Frönicke (CDU/DA):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Nach einem Akademiker zu sprechen, wenn man sich auf eine Rede nicht vorbereitet hat und unter diesen bedrückenden Aspekten, ist nicht leicht.

Auch ich hatte am 3. Juli dieses Jahres ein Gespräch mit meinen Fraktionsvorsitzenden, der mir den Verdacht - und wir konnten die Kürzel beide nicht deuten - mitteilte, daß ich für die Staatssicherheit gearbeitet habe. Ich habe ebenso, wie andere das hier vorlegten, wenige Tage danach eine schriftliche Stellungnahme dazu an den Fraktionsvorsitzenden abgegeben. Auch diese Stellungnahme beinhaltet die Bitte um kurzfristige Prüfung, um Offenlegung dieser Akte, um durch Offenlegung dieser Akte Irrtümer - und auch ich bin von Manipulation ausgegangen, aufzuzeigen. Es hat sich nichts getan bis heute früh um dreiviertel neun. Und den Selbstgerechten unter uns, die davon sprachen, in Würde, durch rechtzeitiges Niederlegen des Amtes einen anderen Zustand herbeigeführt zu haben - ich könnte jetzt sogar in eine andere Kategorie kommen -, das war mir vor wenigen Minuten noch nicht wichtig, weil es hier um vielmehr geht. Nach dem Antrag vorhin ist selbst das von Bedeutung.

Heute früh, dreiviertel neun, bekam ich während dieser Sitzung mitgeteilt - nicht etwa in Form einer Aussprache -, daß ich zu den Betroffenen gehöre. Ich habe in den Stunden dieser Tagung dieses und jenes Gespräch gesucht. Die Situation war dafür nicht geschaffen. Wenn Sie so wollen, hatte ich keine Chance, wie andere mit dem Rechtsanwalt an der Seite Akteneinsicht zu erbitten. Ich habe nicht einmal einen Mann meines Vertrauens benennen können. Selbst das würde mich bereits in eine andere Kategorie bringen, sondern ich stehe nun als einer derer vor Ihnen, deren Namen vorhin genannt wurde.

Und für alle die, die mit mir gelebt und gearbeitet haben und deren Sinn für Urteils- und Wahrheitsfindung nicht Stasi-Akten sind - welch widerliche Schizophrenie -, die wissen, daß es in meinem Leben nicht so verlaufen ist, wie sich das jetzt viele vielleicht vorstellen. So wie andere Angebote der Stasi abwehren mußten, ist es mir nie gegangen - Gott sei Dank. Sondern ich habe den Mut besessen, kaum, daß ich über die CDU Abgeordneter geworden war - 1970 im Stadtparlament von Halle -, diesen verbrieften Status des Abgeordneten dazu zu benutzen, Partei- und Staatsführung im Territorium anzugreifen und sie der Veruntreuung von zweistelligen Millionenzahlen zu bezichtigen. Und jetzt mehren sich offensichtlich hier die Fälle, die aus der Wirtschaft kommen. Ich war in der Investvorbereitung tätig, und ich wußte genau, worüber ich spreche.

Ich weiß nicht, wer von Ihnen tatsächlich mit der Staatssicherheit solche Kontakte hatte, daß er vorgeführt wurde. Aber denen, die wirklich wissen, worüber sie sprechen, und die auch in dieser Zeit gelebt haben - und da schließe ich zwangsläufig die Jüngeren unter uns aus - wissen, was es bedeutet, wenn eine sogenannte Aussprache oder ein Gespräch damit begonnen wird: Wenn Du das, was Du da gesagt hast, nicht nachweisen kannst, dann ist das Staatsverleumdung, und was darauf steht, das weißt Du ja. -

Man hat mit den tollsten Methoden - ich habe im Brief an Dr. Günther Krause einiges aufgeführt - versucht, mich in Widersprüche zu verwickeln, weil es ja nicht wahr sein konnte, daß ein Rat des Bezirkes, eine Bezirksleitung, eine Stadtleitung der SED und ein Oberbürgermeister - ich will mal vom Stadtbauinspektor und anderen gar nicht weiter erzählen - versagt haben könnten. Diese Genossen hatten ja genauso recht wie die Partei.

Ich habe diese Tortur, die monatelang über mich erging, durchgestanden. Aber ich habe diese Tortur nur so beenden können, obwohl ich damals nicht die Reife hatte von heute und manches heute garantiert cleverer machen würde, und ich war jung